Preußischer Landtag.

Specialbericht des Leipziger Tageblattes.

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom 24. Januar, 1 Uhr 20 Minuten.

Am Ministertische: Fürst Bismarck, Dr. Friedberg, v. Scholz.

Eingegangen ist der Nachweis über die Verwendung der im Etat der Eisenbahnverwaltung für 1885/86 vorgesehenen Dispositionsfonds von 1,500,000 *M.*, ferner die Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes betr. die Beförderung deutscher Ansiedelungen in Westpreußen und Posen.

Das Haus tritt in die zweite Berathung des Etats ein. Der Etat der Rente des Kronfideicommiß, des Zuschuß zur Rente des Kronfideicommiß, der Centralverwaltung der Domänen und des Kriegsministeriums wird debattelos bewilligt.

Beim Etat des Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Cap. 56, Gewerkschaften, erhält das Wort

Abg. Graf Limburg-Stirum: Man hat früher diesen Titel als ein Ueberbleibsel des Particularismus betrachtet. Inzwischen hat sich leider gezeigt, daß nicht der Reichstag der Hort der deutschen Einheit ist, sondern die deutschen Regierungen, die mit Hülfe ihrer Gesandtschaften die Einigkeit der deutschen Höfe gefördert haben. Wir müssen daher diesen Titel bewilligen, denn wir können doch nicht Vertrauen haben zu einem Reichstage, der in der wichtigsten Lebensfrage der Regierung nur eine Bewilligung auf drei Jahre gewährt hat. Wir können dem Reichskanzler nur Dank wissen, daß die Beziehungen zu den einzelnen Regierungen so gut aufrechterhalten sind, dieser Titel ist also einer der wichtigsten Titel des Etats. (Beifall rechts.)

Fürst Bismarck: Die verbündeten Regierungen haben bei Abschluß der Bundesverträge wichtige Rechte an den deutschen Kaiser abgetreten. Der deutsche Kaiser hat nicht das Recht, diese Rechte weiter abzutreten, am wenigsten an eine wechselnde Majorität des Reichstages, die so wenig Vertrauen verdient, wie die gegenwärtige. Das Abtreten dieser Rechte an den Reichstag würde zum Absolutismus führen. (Beifall rechts.) Es dient diese Bemerkung zur Beleuchtung der Frage, ob die preußische Regierung im Bundesrath eine zu geringe Nachgiebigkeit gegen den Reichstag bewiesen hat. Die Bewilligung der drei Jahre war für uns unannehmbar, schon in der Form, wie sie angeboten und angeleitet wurde. Dann aber handelt es sich dabei auch um Auslegung der Verfassung und in dieser Hinsicht befand sich der Reichstag in einem Rechtsirrthum. Die Reichsregierung wäre 1874 vollkommen im Verfassungsrecht gewesen, wenn sie ein Militair-Aeternat gefordert hätte. Wenn die Regierungen sich damals auf Initiative des Kaisers zu einer periodischen Bewilligungs-Forderung entschlossen haben, so haben sie damals nachgiebig einem Kompromiß zugestimmt. Als Straßburg Deutschland fortgenommen wurde, da stritten sich die einzelnen deutschen Gesandten um den Vortritt. Ebenso kleinlich scheint mir in gegenwärtiger Zeit das Bestreben des Reichstags, sich den Vortritt vor den Regierungen zu sichern, und nach Art der Wucherer etwas abzuknapsen. (Beifall rechts.) Die Vorlage will, daß für ein Menschenalter die Armee Deutschlands vermehrt werde. Dieses Anwachsen der deutschen Wehrkraft ist ein wesentlicher Factor des Friedens — weshalb, das will ich hier nicht weiter ausführen, ich habe das bereits im Reichstage erörtert. Es macht dem Auslande gegenüber einen großen Unterschied, ob wir auf 3 Jahre je 16,000 Mann mehr erhalten oder auf 7 Jahre. Es ist angedeutet worden, als ob mit der von der preußischen Regierung beantragten Auflösung andere Zwecke, z. B. Monopolzwecke, beabsichtigt sind. Ich traue das Maß der Einsicht der fortschrittlichen Wähler nicht, von den anderen aber weiß ich, daß sie sehr wohl zwischen Leuten, die für das Septennat, und solchen, die für das Monopol stimmen und mit der Regierung reactionaire Umtriebe machen wollen. (Beifall rechts.) Es steht in den Blättern jetzt viel von Reaction — nun, wir werden stets an der Verfassung festhalten. Herr Windthorst hat den Finanzminister wegen der Monopole befragt — ich erwidere, daß dieser ihn nicht gefragt hat, ob Herr Windthorst die Herstellung Hannovers wünsche. (Heiterkeit.) Monopole werden kommen müssen, wenn wir einen unglücklichen Krieg geführt haben. (Beifall rechts.) Ich wiederhole, wir haben kein Vertrauen zum Reichstage und deshalb ist er aufgelöst. Die Majorität ist doch überhaupt nur zu Stande gekommen, daß circa 70 Intransigenten ihr angehören. Ohne die 70 hätte die Majorität nur circa 150 Mitglieder, ebenso viel also wie jetzt die Minderheit. Die 70 Reichsfeinde also entscheiden — wie soll der Kaiser zu einer solchen Majorität Vertrauen haben? (Beifall rechts.) Jetzt muß die Fortschrittspartei stimmen, wie die Socialdemokraten und die Polen, Dr. Windthorst muß stimmen wie die Fortschrittler — das erinnert auch an den Bund von Herodes und Pilatus. (Heiterkeit.) Ich habe heute Niemand Unangenehmes sagen wollen, ich habe nur die Verfassungsfrage erörtern wollen und den Standpunct der Regierung, an dem sie festhält. (Minutenlanger Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. Dr. Windthorst: Welche Tendenzen heute vorlagen zu einer derartigen Discussion, zeigt die Rede des Grafen Limburg-Stirum. Beide eben gehörten Reden passen so zusammen, als wenn sie vorher arrangirt wären. (Heiterkeit links.) Diesen Reden gegenüber gewinnen die Gerüchte an Bedeutung, welche dahin gehen, daß das allgemeine Wahlrecht zum Reichstage aufgehoben werden solle und daß einzelne Bildungen Vertreter zum Reichstage abordnen sollten. Dasselbe hat Oesterreich zu Zeiten des Bundestags gewollt, damals war Fürst Bismarck dagegen, da er die Volksgunst brauchte. Es scheint nun, daß man sie jetzt nicht mehr will, es scheint, daß man an dem Glaube bestraft wird, mit dem man gesündigt hat. Ich war gegen das allgemeine Wahlrecht, nachdem wir es aber haben, werden wir diese Grundlage nicht aufgeben. Es wäre sehr wichtig, wenn der Reichskanzler heute hier erklären würde, daß er an dem allgemeinen Wahlrecht festhalte. Das Duett zwischen dem Herrn Grafen und dem Herrn Fürsten hat jenen Gerüchten viel Glaubwürdigkeit verliehen. Uns drohen Conflicte, ich kann nichts dagegen thun, ich kann nur Gott bitten, daß er das Land vor Conflicten schütze! Wer den Conflict heraufbeschwört, mag sich fragen, wie dieser Conflict auf die Sicherheit des Landes und des Thrones wirken muß (große Unruhe), ja, die Gefährdung des allgemeinen geheimen Wahlrechts stört den socialen Frieden. Wenn Sie jetzt auch vielleicht den Sieg gewinnen, der Frieden bleibt aufs Aergste im Innern gefährdet! Der Reichskanzler hat die Reichstagsmajorität heute einer Kritik unterzogen. Nachdem der Reichstag aufgelöst, habe ich gemeint, daß die Kritik des Reichstags nur noch der Geschichte zustehe. Zu meiner Freude constatire ich, daß heute anerkannt worden ist, daß der Reichstag bewilligt hat, was gefordert worden. (Heiterkeit. Fürst Bismarck ruft: Nein!) Der Etat wird alljährlich bewilligt, ebenso die Marine, die Eisenbahn-Bataillone — warum also nun dieses Widerstreben, daß die Armee behandelt werde wie jede andere Staatseinrichtung? Daß das geht, beweist uns der Vorgang aller anderen constitutionellen Länder. Die Verfassung schreibt uns vor, daß die Armee durch ein Gesetz fixirt werden soll. Die beschlossene Frist von 7 Jahren war abgelaufen, der Reichstag hat nun einen neuen Vorschlag gemacht und damit soll er die Verfassung gebrochen haben? Das Septennat ist doch nicht ein Herkommen für alle Zeit — davon ist früher doch niemals die Rede gewesen. Außerdem gelten alle Gründe gegen das Triennat auch gegen das Septennat. (Beifall.) Daß Sie aber das Septennat fordern, zeigt die Unhaltbarkeit Ihrer Position. Außerdem hat die Regierung ja das Septennat selbst nicht eingehalten. Ich bedauere, daß Fürst Bismarck neulich in der Etatsberathung nicht gesagt hat, wie mißlich unsere Finanzen sind, wie Wandel geschaffen werden muß. Unter diesen Umständen war es Pflicht der Volksvertretung, auf Ersparung zu dringen, wie der Reichstag gethan hat. Hat man aber so wenig Vertrauen zum Reichstag, wie der Reichskanzler, so muß der Reichstag abgeschafft werden und der Absolutismus eingeführt — der Absolutismus wird freilich viel sparsamer sein müssen als je der Reichstag. (Beifall im Centrum und links.) Ich muß dem Reichskanzler sagen, daß seine heutige Rede meiner Meinung nach nichts genützt hat. (Heiterkeit.) Sie lachen, wie Sie gelacht haben, daß ich gegenüber dem Abg. v. Zedlitz das glaube, was der Reichskanzler sagt. Warum lachen Sie nicht? Aber wer zuletzt lacht, wer zuletzt lacht. (Ironischer Beifall.) Was die Monopole betrifft, so muß ich trotz der heutigen Worte des Reichskanzlers bedauern, noch nicht beruhigt zu sein. Der Reichskanzler hat von Hannover gesprochen — ich wiederhole auch hier, daß ich auf dem Boden der preußischen und der deutschen Verfassung stehe. Wenn ich dabei dem hannoverschen Königshause Treue bewahre, so sollten das Königstreue Leute nicht verhöhnen. (Beifall im Centrum.) Der Reichskanzler meint, daß es sich nicht um Monopole jetzt handle — wenn der Ressortminister die beiden Monopole nun aber zur Sicherung der Finanzen fordert — was dann? Es werden immer neue Ausgaben gefordert, ohne daß für die Deckung gesorgt wird — das führt doch in eine Sackgasse. Der Reichskanzler hat eine große Anzahl von Abgeordneten für Reichsfeinde erklärt — ist das so, dann müßte dafür gesorgt werden, daß sie nicht mehr in den Reichstag kommen. (Beifall rechts.) Aber alle Parteien hat der Kanzler bereits als Reichsfeinde bezeichnet, auch die Nationalliberalen — auch die Conservativen haben ihre Liebe erhalten und sie hätten noch mehr verdient. (Große Heiterkeit.) Außer bei uns ist es nirgends üblich, Leute als Reichsfeinde zu bezeichnen, wenn sie gegen die Regierung stimmen. Es ist auffällig, wenn Diejenigen, die sich rühmen das Reich begründet zu haben, sich zusammenthun, dem Reiche die Grundlage zu entziehen. Möge Gott bei dem Conflict, der sich über Deutschland zusammenzieht, seine schützende Hand halten! (Anhaltender Beifall links und im Centrum, Zischen rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Freih. v. Zedlitz-Neukirch (freiconf.): Abg. Windthorst hat von dem Thema der Reichstagsauflösung abgelenkt zu anderen Fragen. Aber über das Monopol hat er heute weniger gesprochen; er hat wohl auch heute eingesehen, daß Monopole nur die Folge eines ungünstigen Krieges sein könnten (Beifall rechts). Der einzige Weg, der uns Monopole bringen würde, wäre auch der einzige Weg zur Errichtung des Königreichs Hannover! Nur ein unglücklicher Krieg, nur die jetzige Majorität bringt die Monopole — wer keine Monopole will, stimme also gegen den Abg. Windthorst! (Gelächter im Centrum und links.) Trotz der heutigen Erklärungen des Reichskanzlers hat der Vorredner so gethan, als ob die Verfassung in Gefahr wäre. Das allgemeine geheime Wahlrecht wird währen, so lange es Deutschlands Wohl nicht gefährdet. Eine Gefahr für dieses Wahlrecht könnte nur durch den Mißbrauch desselben entstehen! (Beifall rechts.) Wir wollen keinen Conflict, aber das Auftreten des Vorredners muß zum Conflict führen. Die Regierung hat auch ihr Recht, die Friedensstärke der Armee zu bestimmen, zu Gunsten des Septennats. Es handelt sich nun darum, ob ein neuer Modus eintreten soll auf Grund des Mißtrauens des Reichstags gegen die Regierung des Kaisers. (Oho! links). Da in Militairangelegenheiten der Kaiser eine entscheidende Stimme hat, so richtet sich das Mißtrauen gegen die Person des Kaisers! (Große Unruhe links, Rufe: Unerhört! Zur Ordnung!) Die ganzen Parteien, die unnützen Widerspruch erhoben haben, beanspruchen jetzt das Vertrauen für sich, während die Schöpfer des Reiches, der Kaiser, der Kanzler sich erst das Vertrauen erwerben sollen, daß sie die Lasten des Volkes vermindern werden, wenn es möglich ist! Nicht die Regierung, sondern die andere Seite sucht den Conflict. Aber unser Kaiserthum wird den Conflict überdauern! (Beifall rechts.)

Fürst Bismarck: Der Vorredner hat in so beredter Weise dem Abg. Windthorst geantwortet, daß ich jetzt darauf verzichten könnte, wenn Herr Windthorst mir nicht Insinuation untergeschoben hätte. Als er sich erhob, dachte ich, jetzt erhebt sich der Vertreter der Mehrheit, er wird mir gründlich antworten. Statt dessen kam er mit Gerüchten — auffallend ist, daß er nicht von der Leibeigenschaft sprach, aber das fällt mehr ins Ressort der Fortschrittspartei. (Heiterkeit.) Was nun also das allgemeine Wahlrecht betrifft, so stehe ich zu demselben freundlicher als Herr Windthorst. Ich hatte zwar von dem unanständigen Maße von Verlogenheit im Wahlkampfe früher keine Ahnung, trotzdem halte ich daran fest und hoffe für die Zukunft die Hülfe der Schule nach ihrer Emanzipation. Herr Windthorst liebt das allgemeine Wahlrecht nicht, aber er gönnt es dem Reiche. (Große Heiterkeit.) Ich erkläre also, daß im Schoße der verbündeten Regierungen kein Gedanke wegen Aufhebung dieses Wahlrechts laut geworden. Herr Windthorst erklärt sich als ein Freund der Verfassung, ist aber doch wie er oft gesagt hat, ein Welfe — er muß also die Errichtung Hannovers wünschen. Herr Windthorst fürchtet die Vermehrung der Socialdemokratie — aber seine Partei unterstützt ja doch die Socialdemokraten bei der Wahl, während der Papst, in dessen Namen Herr Windthorst aufzutreten liebt, diesen Bund mit der Socialdemokratie verdammen muß. Es wird sich übrigens noch vor den Wahlen zeigen, daß der Papst Manches mißbilligt, was das Centrum thut. (Beifall rechts.) Ich hoffe, daß in dieser Erkenntniß die Centrumswähler sich nicht zur Unterstützung der Socialdemokratie hergeben. — Ich wiederhole, die Armee hat mit dem Etatsrecht nichts zu thun. Abg. Windthorst will die Militairberathung alljährlich, das heißt, er will den alljährlichen Conflict — ob das seinen Zwecken entspricht, weiß ich nicht, behalte mir aber meine Meinung vor. (Heiterkeit.) Herr Windthorst verließ dann die Gerüchte und ging zu den Schlagworten über. Er sagt, ein verständiger Reichstag würde bewilligen, was nöthig ist. Ja, es muß sich eben zeigen, ob der Reichstag verständig ist. Herr Windthorst bezeichnet mehrere Abgeordnete als reichsfreundlich, die dagegen opponiren würden. Sie, meine Herren, bindet die Geschäftsordnung, aber mich nicht, und ich sage offen, daß ich die Republikaner in der Fortschrittspartei nicht für Royalisten halten kann, wenn sie auch sagen: „Es lebe der König". Die Ziele der Fortschrittspartei sind antimonarchisch, die Partei selbst kryptorepublikanisch. Wenn Herr Windthorst meint, wir würden zur absoluten Monarchie zurückkehren, so halte ich das für unmöglich. Ich wünsche eine freie Volksvertretung und eine freie Presse, die kritisiren sollen, aber nicht mitregieren — das ist gegen die Verfassung. Ich bin kein Freund des Absolutismus, aber auch nicht des Absolutismus des Parlaments, der oft in einer Stimme besteht, wiewohl das Parlament eine numerisch absolute des Bundesraths ist. Ich verhöhne nicht die Königstreue des Abg. Windthorst — aber wenn Jemand mit seinem Patriotismus Geschäfte treibt, so verhöhne ich das. Dem Abg. Windthorst gestehe ich gern zu, daß ich mit dem Grafen Limburg-Stirum mich verabredet habe — hält er das für verfassungswidrig? (Heiterkeit.) Ist es denn für die Millionen Einwohner Preußens so ganz gleichgültig, zu erfahren, welche Politik ihr König dem Reichstage gegenüber befolgt? Ich hielt es für meine Pflicht, mich über den Conflict hier zu äußern, wo drei Fünftel der deutschen Bevölkerung vertreten. Ich muß mich leider mit meiner Gesundheit entschuldigen, wenn ich jetzt abbreche. (Beifall rechts.)

Abg. Richter. Der Finanzminister hat neulich hier erklärt, daß der Reichstag geschlossen ist und daß die Regierung nicht auf ihn zurückkomme. Heute hat der Reichskanzler trotzdem dieses Thema berührt — es zeigt dies, daß die Regierung neues Agitationsmaterial braucht für die Wahlen. (Lachen rechts.) Ich bedaure nur, daß die Verabredung, von der wir eben gehört haben, uns nicht bekannt geworden ist — es ist doch gut, wenn man weiß, ob eine Rede des Grafen Limburg etwas zu bedeuten hat oder nicht. (Heiterkeit.) Ich habe nur die letzte Rede des Reichskanzlers gehört, die Erklärungen über das Monopol haben mich nicht beruhigt — ich bin nicht sicher darüber, ob nicht, wie nach einem unglücklichen Kriege, so auch nach einem glücklichen Wahlkampfe das Monopol auftritt. Der Reichskanzler hat sich als Vater des allgemeinen Wahlrechts bezeichnet — das ist nicht ganz richtig, in seinem ersten Verfassungsentwurf stand Nichts davon darin. Außerdem ist der Reichskanzler als Vater gegen seine Kinder wenig nachsichtig. Er hat sein Kind, den Freihandel vernichtet, er hat sein eigentliches Kind, den Culturkampf vernichtet und verzehrt ihn jetzt stückweise in vier Novellen. Der Reichskanzler sagt, im Schoße des Bundesraths sei keine Rede gewesen von der Aufhebung dieses Wahlrechts. Dasselbe wurde uns 1880 von dem Tabaksmonopol gesagt und alsbald kam es — so könnte es auch leicht und schnell mit der Wahlrechts-Vorlage gehen. Die Herren v. Hammerstein und v. Helldorf haben ja bereits erklärt, sie wünschen berufsgenossenschaftliche Vertretungen und der Reichskanzler hat die Vorsätze bereits aufgebaut, deshalb sagen wir: Trau, schau, wem! (Heiterkeit.) Herr v. Zedlitz, dessen Worte mehr durch den Schall, als durch den inneren Gehalt hervorragen — ja wenn er nach dem Kanzler spricht, weiß man doch, was er sagen wird. (Heiterkeit.) — Herr v. Zedlitz hat gemeint, die Freiheit dürfe nicht mißbraucht werden — eine Freiheit, die nicht mißbraucht werden kann, ist keine Freiheit mehr. Der Reichskanzler hat dann von Wahlcompromissen gesprochen — das war wohl nicht ganz gut in dem Moment, wo man die Linie Stöcker-Cremer bis Bennigsen-Miquel aufmarschiren läßt. Ein solches Compromiß würden wir nie schließen. (Beifall links.) Aber hat nicht in Magdeburg der Polizeipräsident die Socialdemokraten gegen den Abg. Büchtemann unterstützt? (Beifall links.) Der Reichskanzler sprach von der Verfassungstreue — ja das ist aber doch die Treue gegen einzelne Paragraphen, die einzeln genommen und gedeutet werden. Bei den früheren Septennatsverhandlungen ist diese Frage niemals, selbst vom Abg. Miquel, so aufgefaßt worden, wie es jetzt seitens der Regierung geschieht — und hat denn die Regierung das Septennat selbst gehalten? Wir streiten nicht um das Kriegsheer, sondern um das Friedensheer, und zwar weil wir meinen, daß die gegenwärtige Dienstzeit zu lang ist, daß zu viel Soldaten zu Burschen, zu Treibern, zu Kellnern von den Officieren gemacht werden, daß das Exerciren vereinfacht werden muß. (Heiterkeit rechts.) Sie können die Ueberzeugung nicht verdrängen, daß eine dreijährige Dienstzeit zu viel ist. Trotzdem haben wir aus den vom Kriegsminister mitgetheilten Gründen von unseren Forderungen abgesehen und jeden Mann und jeden Groschen bewilligt, wenn auch nur auf drei Jahre. Wir wollen unsere Nachfolger im Parlamente selbst entscheiden lassen und ihnen nicht die Hände binden, Ihre Forderung auf sieben Jahre aber ist ein Mißtrauen gegen die Wähler. (Widerspruch rechts.) Dieselben finanziellen Rücksichten wie früher, müssen auch jetzt gelten. Die Phrase von kaiserlichem Heere und Parlamentsheer ist ins Wasser gefallen und Jedermann lacht darüber. (Widerspruch rechts.) Es ist dann von Königstreue hier gesprochen worden. Ich meine, man soll den Namen des Kaisers nicht unnütz im Munde führen. — Sie thun dies, weil Ihnen die Gründe fehlen! (Große Unruhe rechts.) Früher galt ein derartiger Mißbrauch im Hause für unanständig und wurde vom Präsidenten gerügt. (Beifall links.) Der Reichskanzler, der um das Reich so große Verdienste hat, verwechselt oft das Reich mit seiner Person und reichsfeindlich heißt oft bismarckfeindlich (Beifall links) und doch hat er seine Steuervorlage nur durch Unterstützung des Centrums gewonnen. (Lebhafter Beifall links.) Nicht das Parlament und die Krypto-Republikaner der Fortschrittspartei engen die Rechte der Krone ein, sondern die Macht des Kanzlers ist es. (Große Unruhe rechts.) Wenn wir in unserer Stellung Rücksicht nehmen auf die armen Leute und sie schonen wollen, so ist das kein Aufgeben parlamentarischer Herrschaft. Indem wir bei den Wahlen für die Rechte des Parlaments eintreten, treten wir für die Krone ein. (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts.)

Fürst Bismarck: Ich würde dem Vorredner dankbar sein, wenn er als Wahlparole wiederholen wollte, daß ich die Krone gefährde. Ich wünsche dem Abg. Windthorst, daß der Abg. Richter ihm stets so treu wäre, wie ich Sr. Majestät. (Heiterkeit.) Ein geborener Richter findet es unanständig, vom König zu sprechen — dann muß er die Verfassung auch unanständig nennen, denn sie spricht auch davon — und wenn die Herren es nicht wünschen, so beweist das, daß sie von der Macht des Königthums nichts verlauten lassen wollen. Der Vorredner hat auch bei seinen weiteren Ausführungen weniger die Verfassung im Auge, als ein fortschrittliches Ideal. Ich aber halte mich an den Wortlaut des Artikel 59 der Verfassung. 1874 ist ein Gesetz über die Friedenspräsenzstärke zu Stande gekommen, welches das Minimum dessen bezeichnet, was der Reichstag bewilligen muß, die Minimalgrenze, mit der der Kaiser war trotz der weitergehenden Rechte, die ihm die Verfassung gewährte. Der Kaiser kann über diese Minimalgrenze hinaus ein Majus, ein Mehr verlangen — die Darstellung, als hätte die Regierung das Compromiß nicht gehalten, ist also ganz haltlos, da der Kaiser jederzeit über diese Minimalgrenze hinaus Forderungen erheben kann. Die Verfassung wollte vor Allem die militairische Sicherheit: sie bestimmt, daß jeder wehrfähige Deutsche dem activen Heere angehört. Nur zur Milderung dieser Bestimmung giebt ein anderer Artikel dem Kaiser das Recht, diese Zahl der Wehrpflichtigen zu vermindern. Herr Richter spricht immer wieder vom Branntwein-Monopol — das beweist doch, daß seine Partei immer nur die Schänkwirthe für sich haben will — alle anderen Interessen des Reichs fallen dann fort, wenn nur der Schänkwirth zufrieden ist. (Beifall rechts.) Ich muß dem Abg. Richter gegenüber die Vaterschaft der kirchenpolitischen Gesetze ablehnen, wenn auch nicht die Verantwortung, wiewohl ich damals nicht einmal Ministerpräsident war. Erst als die Fortschrittspartei diese Gesetze aufgab und ins Lager des Centrums überging, studirte ich diese Gesetze und fand viel überflüssiges Brimborium daran. Ich mußte 25 Jahre den auswärtigen und inneren Frieden aufrecht erhalten; wenn Sie wüßten, wie viel Zeit das ist, würden Sie mir nicht jeden Paragraphen in die Schuhe schieben. Sobald ich aber die Reformbedürftigkeit dieser Gesetze erkannt, habe ich sie erwidert und wäre noch weiter gegangen, wenn meine Ministercollegen mit mir übereingestimmt hätten. — Wenn die Opposition jetzt versucht, uns durch Geduld auszuhungern, so wird ihr das nicht gelingen. Ich weiß aus meiner Erfahrung, daß jeder Fortschritt Preußens gegen den Willen der Fortschrittspartei erfolgt ist. Das habe ich erfahren 1861 bei der Militair-Reorganisation, dann bei der polnischen Frage, bei dem Kriege von 1864, wo die Fortschrittspartei nicht auf den Sieg Preußens hoffte. Ebenso hat 1866 die Fortschrittspartei uns gehindert, sie hat gegen die norddeutsche Verfassung gestimmt, sie hat uns die Kriegsvorbereitungen gegen Frankreich erschwert. Herr Virchow hat 1869 einen Abrüstungsantrag eingebracht, in Uebereinstimmung mit einem hervorragenden Franzosen — so ein Bischen Französisch ist doch wunderschön. (Heiterkeit.) Während des Krieges hat der Fortschrittler Jacobi sich gegen uns erklärt, bei dem Schutz der nationalen Arbeit, bei Allem, was Deutschland groß, reich und innig gemacht hat, war die Fortschrittspartei dagegen — und weil die Fortschrittspartei jetzt gegen die Militairvorlage ist, hoffe ich am Meisten auf ihre Annahme! (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. v. Eynern (nationallib.): Abg. Richter meint, der Reichskanzler muß fort von seinem Platz. Wer soll denn der Nachfolger sein? (Ruf: Eynern!) Herr Richter meinte, ein freisinniger Mann müsse für einjährige Bewilligung stimmen, trotzdem ist er selbst bis zur dreijährigen Bewilligung bereits gekommen. Ich habe Briefe in der Tasche, in denen viele seiner und des Abg. Rickert Anhänger erklären, daß sie mit deren Haltung keineswegs zufrieden sind (Rufe: Vorlesen!) — ich glaube Herr Richter wird bald als einzige Säule der Partei ragen. (Heiterkeit.) Gerade die Partei des Abg. Richter hat den Culturkampfbrand am meisten geschürt und als der Brand loderte, sind sie in das Lager des Centrums gegangen. Es giebt keine Fortschrittspartei mehr, nur die Partei unter Leitung des Abg. Windthorst. Herr Richter billigt unser Wahlcompromiß nicht, der beste Beweis, daß es gut ist. Im Uebrigen glaube ich, daß all' diese kleinen Angriffe zurücktreten müssen vor der Frage, soll Se. Majestät seine Autorität von der des Reichstages abhängig machen und die Nation wehrlos machen? (Unruhe links.) Wir werden den Worten des Kaisers und seiner Paladine glauben und thun, was an uns ist. (Beifall rechts.) In seiner Kritik der Officierburschen hat Herr Richter sehr socialdemokratisch gesprochen, aber den kleinen Mann kann er damit doch nicht gewinnen. Wenn überhaupt von dem kleinen Mann die Rede ist, so ist es nicht Herr Richter, sondern es sind die Hohenzollern, welche dem kleinen Mann trotz des Widerspruchs der Fortschrittspartei die Socialreform gegeben haben. Das Abgeordnetenhaus wird Se. Majestät in jeder Lebensfrage unterstützen. (Beifall rechts.) Vorläufig aber müssen wir für die Reichstagswahlen sorgen (Heiterkeit), und denen wir hoffentlich stärker hervorgehen werden. Herr Richter brachte erst die Wahlparole Schnaps und Tabak. Herr Windthorst sagt dann Gefährdung des Wahlrechts und sofort sagt das dann auch Herr Richter — natürlich seine Partei würde ja sonst zer'aeen! (Große Heiterkeit.) Ich will nicht wie Herr Windthorst von dem Duell sprechen und glaube, der Solovortrag des Reichskanzlers wird die Reden der Herren Windthorst und Richter überdauern. (Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. Dr. Meyer-Breslau (freis.): Der Vorredner hat sich so weit von unserem Thema — Gesandtschaften — entfernt, daß er es ausgesprochen hat, daß unsere Aufgabe jetzt ist, die Reichstagswahlen zu machen. Das ist eine offene Anerkennung. Herr v. Eynern nennt den Abg. Dr. Windthorst unseren Führer, während der Reichskanzler den Abg. Windthorst auf die Unterwürfigkeit des Abg. Richter aufmerksam gemacht hat. Ich muß auch der Wahrheit zu Liebe betonen, daß der Antrag auf dreijährige Bewilligung nicht vom Abg. Windthorst, sondern von uns gestellt ist. Ich muß auch daran erinnern, daß es früher vom Präsidenten gerügt wurde, wenn hier die Person des Königs genannt wurde. Wir wollen die Person des Königs nicht in eine unsichtbare Höhe stellen, aber ihn nicht verantwortlich machen für die Politik der Regierung, für die die verantwortlichen Minister da sind. (Bei Schluß des Berichts spricht Redner weiter.)

Die Sitzung wird auf morgen vertagt.

(Eingesandt.)

Angesichts des Umstandes, daß zur bevorstehenden Internationalen Ausstellung für Volksernährung und Kochkunst der Andrang an den Haupt-Eisenbahn-Stationen der verschiedenen Linien ein sehr starker zu werden verspricht, erscheint es gewiß gerechtfertigt, die betreffenden Bahnverwaltungen darum anzugehen, Extrazüge nach Leipzig einlegen zu wollen. So wird bereits von Halle-Magdeburg rc. das Eintreffen zahlreicher Ausstellungsbesucher angekündigt, und das Gleiche läßt sich auch von anderen Städten erwarten. * *

(Eingesandt.)

Das neuliche Eingesandt, die orthopädische Poliklinik betreffend, hat uns aus dem Herzen gesprochen. Auch wir waren mit unserem gebrechlichen Kinde dort, um Heilung zu suchen, erhielten aber den Bescheid, daß wir zwar Behandlung, aber eine für das Kind sehr nöthige Maschine nur dann bekommen könnten, wenn wir die Kosten derselben selbst zu tragen gewillt wären. Daß wir bei solch starker Familie und kärglichem Verdienste kaum eine, viel weniger 20—30 *M.* erübrigen können, ist selbstredend. Und so wünschen auch wir, gewiß im Namen vieler Unglücklichen, daß ebelbenkende Menschen der nothleidenden Poliklinik ihr Scherflein zukommen lassen möchten. B.

---

y Leipzig, 24. Januar. Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl ist der engere Ausschuß des l. J. 1884 aus der nationalliberalen und der conservativen Partei hervorgegangenen Wahlcomité's zusammengetreten, um die Wiederwahl des Bürgermeisters Dr. Tröndlin, welche unter den gegenwärtigen Umständen als selbstverständlich betrachtet werden darf, thatkräftig zu betreiben. Derselbe hat zunächst an den seitherigen Abgeordneten die Anfrage gerichtet, ob er für den Fall der Wiederwahl bereit sei, sie anzunehmen. Herr Dr. Tröndlin hat darauf erklärt, daß, obwohl er im Interesse des städtischen Dienstes eine Wiederwahl nicht angenommen haben würde, wenn sein Mandat in der regelmäßigen Weise abgelaufen wäre, er es doch unter den jetzigen außerordentlichen Umständen für eine unabweisbare Pflicht erachte, sich einer Wiederwahl nicht zu entziehen. Der Ausschuß wird nunmehr alsbald zur Bildung eines erweiterten Comités verschreiten.

---

† Dresden, 24. Januar. Ihre Majestäten der König und die Königin werden Sich am Mittwoch den 26. d. M. Abends 7 Uhr 23 Min. nach Leipzig begeben und im dortigen königl. Palais für einige Tage Aufenthalt nehmen. In der allerhöchsten Begleitung werden sich befinden: Frau Oberhofmeisterin v. Globig, Hofdame Frl. v. Carlowitz, Oberhofmarschall Frhr. v. Könneritz, Generaladjutant Generallieutenant v. Carlowitz, Oberhofmeister wirkl. Geh. Rath v. Lüttichau, Oberstallmeister v. Ehrenstein. — Se. Majestät der König hat Allergnädigst geruht, dem Gemeindevorstand Ernst Liesche zu Obermeisa das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

† Dresden, 24. Januar. Betreffs des Verkaufes der hier erscheinenden antisemitischen „Deutschen Reform" erläßt der Deutsche Reform-Verein folgende öffentliche Erklärung: „Das von dem Königl. Kammerherrn, Freiherrn v. Friesen, Vorsitzenden des conservativen Landesvereins für das Königreich Sachsen käuflich erworbene Tageblatt, welches vorläufig zwar unter dem Titel „Deutsche Reform" forterscheinen soll, wird vom heutigen Tage ab, nicht mehr als Organ der Deutschen Reform-Partei anerkannt. Weitere Schritte behalten wir uns vor."

Briefkasten.

Stammtisch B. Die Frage erfordert eine so ausführliche Beantwortung, wie sie im Briefkasten nicht gegeben werden kann.

W. & G. Ihre Beschwerde haben wir an zuständiger Stelle zur Sprache gebracht.

C. G. Lübeck. Der Betreffende ist hier nicht unterlegen.

Telegraphische Depeschen.

* Berlin, 24. Januar. Der Reichsanzeiger meldet: Der Kaiser ernannte den Historiographen Professor Dr. H. von Treitschke, Dr. Gustav Freytag und den Componisten Johannes Brahms nach stattgehabter Wahl zu stimmfähigen Rittern des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste; Maestro Giuseppe Verdi wurde zum auswärtigen Ritter des Ordens ernannt.

* Berlin, 24. Januar. An hiesiger Börse circuliren Mittheilungen, daß „Daily News" einen Artikel enthalte, welcher nur in Boulanger's Gehen eine Sicherheit des Friedens sehe. — Der Erlaß des Pferdeausfuhrverbots wird in den nächsten Tagen erwartet.

* Straßburg i. E., 23. Januar. Prinz Alexander von Battenberg ist heute früh nach Mailand abgereist.

* Kaiserslautern, 24. Januar. Das Centralwahlcomité und die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei haben einstimmig den Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., Miquel, zum Reichstagscandidaten im Wahlkreise Kaiserslautern-Kirchheimbolanden aufgestellt.

* Gent, 24. Januar. In einer gestrigen Theatervorstellung, in welcher viele Arbeiter anwesend waren, kam es zu Thätlichkeiten im Publicum, in Folge deren die Polizei zahlreiche Verhaftungen vornahm. Vor den Eingängen zum Theater sammelte sich eine größere Menge Socialisten an, welche die Marseillaise sang.

* Paris, 23. Januar. Wie aus Hanoi von heute berichtet wird, nahm der Oberst Brissaud in der Nacht vom 20. zum 21. d. M. die feindliche Stellung von Mitae in der Provinz Thanhoa weg. Die Rebellen, welche in voller Auflösung die Flucht ergriffen, verloren an Todten 500 Mann, die französischen Truppen hatten keine Verluste. Die Verfolgung wurde sofort eingeleitet.

* London, 23. Januar. Chamberlain hielt gestern Abend in einer Wählerversammlung in Hawick eine Rede, in welcher er die jüngste Conferenz zwischen den Führern der liberalen Partei besprach. Wenn er auch zugebe, daß die Schwierigkeiten, welche zu überwinden wären, sehr ernste seien, so könne er doch constatiren, daß die Hoffnungen, mit welchen man in die Conferenz eingetreten sei, sich erfüllt hätten, durch das, was stattgefunden habe. Alle diejenigen, welche der Conferenz beigewohnt hätten, sowie diejenigen, welche in der Conferenz direct oder indirect vertreten gewesen, seien von dem loyalen Wunsche beseelt, die Eintracht aufzubauen bis zu den äußersten Grenzen der Principien, welche beide Theile als fundamentale ansehen. In keinem Falle werde die Einigkeit der liberalen Partei erkauft werden durch eine Demüthigung oder Unterwerfung, welche den einen oder den anderen Theil der Partei verächtlich machen könnte. Eine freie und ehrenhafte Meinungsverschiedenheit sei besser, als ein gegen unehrenvolle Concessionen erkaufter Waffenstillstand.

* London, 24. Januar. Der bekannte Geschützfabrikant Sir Joseph Whitworth ist am 22. d. M., 84 Jahre alt, in Monte Carlo gestorben.

* Petersburg, 20. Januar. Wie das „Journal de St. Pétersbourg" erfährt, begegneten die Bestrebungen zu einer Beilegung der Krisis in Bulgarien einer günstigen Aufnahme seitens der meisten Regierungen, welche die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen. Die Hauptsache sei, daß man sich einer legalen Situation gegenüber befinde, wie sie von Anfang an die russische Regierung verlangt habe. Eine Verständigung über die Wahl eines Fürsten, über die Bedingungen seiner Erwählung und seiner Candidatur, welche Rußland der Lage für am Besten entsprechend erachte, würde selbstverständlich folgen. Es sei zu hoffen, daß dieses Programm die allgemeine Zustimmung finden werde. Jedenfalls werde Rußland nicht abweichen von seiner festen und beharrlichen Politik.

* Brüssel, 23. Januar. Wie der „Etoile Belge" meldet, haben heute Nachmittag anläßlich einer socialistischen Kundgebung in Jette bei Brüssel Ordnungsstörungen stattgefunden, wobei ein Gendarm verwundet und seiner Waffe beraubt wurde. Von hier sind 25 Gendarmen nach Jette entsandt worden.

* Brüssel, 24. Januar. In Jette ist die Ruhe wieder hergestellt.

* Rom, 23. Januar. Die bulgarischen Delegirten sind nach Konstantinopel abgereist.

* Lissabon, 22. Januar. Der Führer der conservativen Partei, Fontes Pereira Mello, ist gestorben.

* Konstantinopel, 22. Januar. Zankoff und Bulkowitsch hatten heute mit dem Großvezier eine längere Conferenz. — Der Generalprocurator am Cassationshofe, Rustah Anthopulo Effendi, ist an Stelle von Sawas Pascha zum Generalgouverneur von Kreta ernannt worden.

* Kalkutta, 22. Januar. Se. k. Hoheit Prinz Friedrich Leopold ist heute hierselbst eingetroffen. Derselbe nahm bei dem deutschen Generalconsul, Wirklichen Legationsrath Gerlich, das Diner ein, wohnte dem von Letzterem ihm zu Ehren gegebenen Balle bei und reiste alsbald nach Beendigung der Festlichkeit mit dem Dampfer „Brindisi" der Peninsular- und Oriental-Company nach Madras ab.

Nach Schluß der Redaction eingegangen.

* Venedig, 24. Januar. In der letzten Nacht fand hier ein heftiges Erdbeben statt. Bis jetzt sind keinerlei Schäden bekannt.

* Rom, 24. Januar. (Kammer.) Auf eine Anfrage Derenzi's erklärte Robilant, er hätte am 15. Januar eine Nachricht aus Massauah erhalten, wonach daselbst das Gerücht verbreitet sei, daß die abessinische Regierung beabsichtige, Truppen gegen Massauah zu entsenden; der Befehlshaber der dortigen Besatzung hege jedoch keinerlei Besorgniß. Die Regierung glaube, dem Zwischenfall augenblicklich keine Wichtigkeit beilegen zu dürfen. Sollte ein Angriff erfolgen, so sei man bereit, denselben zurückzuweisen.

SLUB
Wir führen Wissen.